



Der Menschenrechtsbericht
der Stadt Graz **2015**

**Kurz
und
einfach**

© Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz, 2016.

Kontaktadresse:

Geschäftsstelle des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz:
Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte
und Demokratie (ETC Graz)

Elisabethstraße 50B

8010 Graz, Österreich

menschenrechtsbeirat@etc-graz.at, www.etc-graz.at

Grafik: Jantscher KG, Innsbruck

Druck: RehaDruck, Graz

→ Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
------------------	---

Bürgerliche und politische Rechte **5**

Diskriminierung	6
Sicherheit und Gewalt	12
Asyl	15
Religionsfreiheit	16
Mitbestimmung	18

Wirtschaftliche und Soziale Rechte **19**

Armut	20
Arbeit	22
Wohnen	24
Gesundheit	24
Bildung	25

Empfehlungen des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz **27**

1. Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung 2016-18	28
2. Integration von Flüchtlingen	28
3. Geschlechtergerechtigkeit und Verhinderung von Gewalt gegen Frauen	29
4. Jugendarbeit	30
5. Verhinderung und Bekämpfung von Extremismus	31

→ Einleitung

Menschenrechte sind grundlegende Rechte für alle Menschen. Das gilt auch in der Stadt Graz. Deshalb hat die Stadt Graz einen Menschenrechtsbeirat gegründet. Dieser soll die Politik beraten. Der Beirat veröffentlicht jedes Jahr einen Menschenrechtsbericht. Dazu fragt der Beirat viele verschiedene Stellen an. Zum Beispiel Vereine und Institutionen. Aber auch Personen aus der Stadtverwaltung und der Politik. Was funktioniert gut im Bereich der Menschenrechte? Wo gibt es Probleme? Was könnte noch besser gemacht werden? In den Bericht fließen dann die Antworten aller Stellen ein. Der Bericht zeigt aktuelle Themen und Probleme zu Menschenrechten in Graz auf. Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember ist der 9. Menschenrechtsbericht der Stadt Graz erschienen. Er umfasst die Jahre 2014 und 2015.

Geordnet ist der Menschenrechtsbericht nach Gruppen von Menschenrechten. Für jede Gruppe gibt es im Bericht ein eigenes Kapitel. Die wichtigsten Punkte aus den Kapiteln werden hier zusammengefasst.



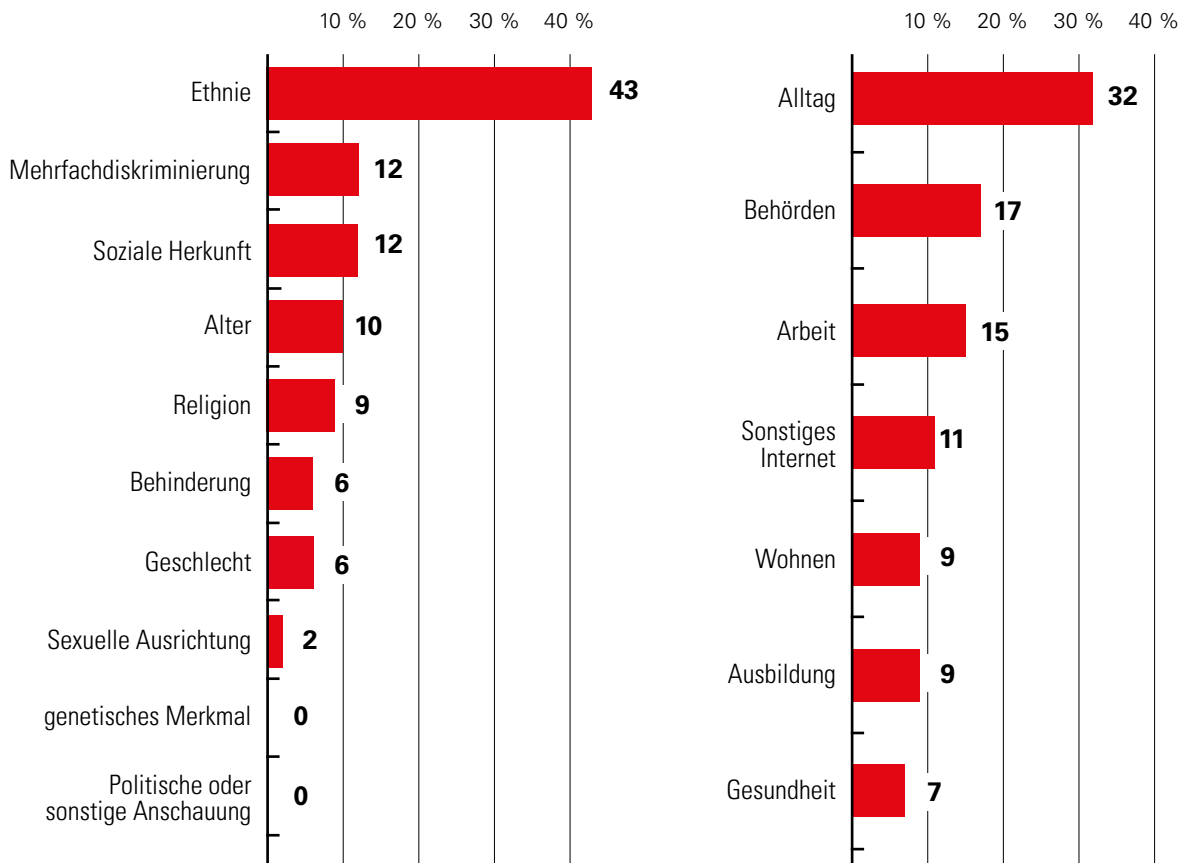
Bürgerliche und politische Rechte

→ Diskriminierung

Die Benachteiligung oder Schlechterbehandlung von Menschen ist verboten. Trotzdem passiert das vielen Menschen in Graz. Benachteiligung und Schlechterbehandlung wird auch Diskriminierung genannt. Was genau bedeutet Diskriminierung? Was passiert den Menschen? Sie werden „schief angeschaut“. Sie werden beleidigt oder beschimpft. Manchmal sogar körperlich angegriffen. Oft bekommen sie etwas nicht. Zum Beispiel eine Wohnung oder eine Arbeit. Oder sie werden schlechter bezahlt für die gleiche Arbeit.

In Graz werden **Menschen anderer Herkunft** diskriminiert. Menschen, die anders aussehen oder eine andere Sprache sprechen oder eine andere Religion haben. Auch Menschen mit einer dunkleren Hautfarbe werden häufig diskriminiert. Auf der Straße werden ihnen Schimpfworte nachgerufen. In sozialen Medien wird immer häufiger gegen sie gehetzt. Viele Menschen aus anderen Ländern sind in den vergangenen Monaten nach Österreich und auch nach Graz gekommen. Der Grund ist oft Krieg oder Vertreibung aus ihren Herkunftsländern. In Graz möchten diese Menschen nun ein neues Leben aufbauen. Dazu brauchen sie Geld, eine Wohnung und eine Arbeit oder müssen zur Schule gehen. Angeblich leben diese Menschen auf Kosten der Grazer Bevölkerung. Nur wer integrationswillig ist, soll Geld bekommen. Solche Stimmen werden immer lauter. Auch Stimmen aus der Politik. Hier herrschen viele Vorurteile. Zum Beispiel, dass Flüchtlinge ungebildet sind. Oder dass sie nicht Deutsch lernen wollen. Oder dass sie nicht arbeiten wollen.

In Wahrheit bekommen diese Menschen aber oft keine Arbeit. Die Arbeitsstelle sei schon vergeben, das hören sie, obwohl es nicht stimmt. Ebenso finden sie oft keine Wohnung. Weil Vermieter und Vermieterinnen keine ausländischen Mieter und Mieterinnen wollen. Menschen anderer Herkunft werden oft auch nicht in Lokale und Diskotheken eingelassen.



Grafik 1: Diskriminierungsgründe in den Fällen der Antidiskriminierungsstelle Steiermark; Auswertung für Graz, 2015

Quelle: Antidiskriminierungsstelle Steiermark, Beitrag zum Menschenrechtsbericht 2015

Grafik 2: Betroffene Lebensbereiche, in den Fällen der Antidiskriminierungsstelle Steiermark; Auswertung für Graz, 2015

Quelle: Antidiskriminierungsstelle Steiermark, Beitrag zum Menschenrechtsbericht 2015

Diskriminierungen in Graz betreffen auch **bettelnde Menschen**. Sie werden beschimpft oder beleidigt. Manchmal sogar körperlich angegriffen. In Graz ist das Bitten um Geld erlaubt. Trotzdem versucht man bettelnde Menschen vor Geschäften zu verdrängen. Denn die Armut von bettelnden Menschen ist vielen unangenehm. Auch in sozialen Medien wird gegen bettelnde Menschen gehetzt.

Auch **Frauen** sind in Graz oft von Diskriminierung betroffen. Besonders am Arbeitsmarkt. Alle Inserate zu freien Arbeitsstellen müssen ausgeschrieben sein, dass sich Frauen und Männer bewerben können. Aber das ist häufig nicht der Fall. Frauen werden oft auch beim Beginn einer neuen Arbeit benachteiligt. Sie werden gefragt, ob sie schwanger sind oder bald Kinder haben wollen. Sie erhalten oft weniger Lohn als Männer. Oft bekommen sie eine weniger verantwortungsvolle Position. Viele Frauen wehren sich nicht gegen diese Benachteiligungen. Sie haben Angst, dann überhaupt keine Arbeit zu bekommen. Frauen und vor allem Mädchen sind auch im öffentlichen Raum benachteiligt. Für Mädchen gibt es in den verschiedenen Parks in Graz keinen geschützten Raum.

Transidente Personen sind Menschen, die sich dem anderen Geschlecht zugehörig fühlen. Sie werden oft wie Anschauungsobjekte behandelt. Transidente Personen haben die Möglichkeit, ihren Vornamen und das Geschlecht zu ändern. Dann bekommen sie einen neuen Ausweis und eine neue Geburtsurkunde. Transidente Personen brauchen aber auch ein neu ausgestelltes Schulzeugnis und andere

Dokumente. Die bekommen sie allerdings oft nicht. Hierauf gibt es für sie keinen Anspruch. Stellenbewerbungen führen dann dazu, dass sich diese Personen erklären müssen. Denn in Geburtsurkunde und Schulzeugnis ist ein anderes Geschlecht angegeben. Auch in der medizinischen Versorgung sind diese Personen benachteiligt. Sie werden oft nicht gut behandelt. Transidente und homosexuelle Flüchtlinge werden oft auch durch ihre Landsleute diskriminiert. Manchmal sogar körperlich angegriffen. In Unterkünften für Flüchtlinge müssen sie gesondert untergebracht werden.

In Graz sind auch **Menschen über 65 Jahre** deutlich benachteiligt. Sie können zum Beispiel bestimmte Versicherungen nicht mehr abschließen oder bekommen keinen Kredit bei der Bank mehr. Manche ältere Menschen erhalten nicht einmal eine Kreditkarte. Ihr Konto können sie auch nicht überziehen. Ältere Menschen können sich auch in der Stadt oft nicht frei bewegen. Sie sind häufig körperlich nicht mehr so beweglich. In manche Geschäfte kommen sie daher nicht hinein. Auch in Graz werden die Menschen immer älter. Vor allem Frauen werden sehr alt. Doch nicht alle alten Menschen bleiben gesund. Viele leiden unter Demenz und anderen psychischen Erkrankungen. Oft können diese Menschen nicht mehr zu Hause betreut werden. Dann müssen sie in ein Pflegeheim umziehen, obwohl sie das vielleicht nicht wollen. Viele alte Menschen werden daher besachwaltet. Sie können dann keine eigenen Entscheidungen mehr treffen und können dann auch über ihr eigenes Geld nicht mehr verfügen. Die Betreuung in einem Pflegeheim kostet viel Geld. Eine Betreuung zu Hause ist wesentlich günstiger. Doch es gibt zu wenig mobile Hauspflege.

Insgesamt werden **immer mehr Menschen in Graz diskriminiert**. Am häufigsten passiert Diskriminierung im öffentlichen Raum, auf der Straße oder in Parks, im Bus oder in der Straßenbahn. Diskriminierung passiert häufig auch bei der Wohnungssuche. Und auch am Arbeitsmarkt. Diskriminierte Menschen können sich an verschiedene Stellen wenden. Zum Beispiel an die Antidiskriminierungsstelle. 1.300 Menschen haben in den Jahren 2014 und 2015 ihre Erlebnisse dort gemeldet. Auch die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist so eine Stelle. Hier haben sich in den beiden Jahren etwa 1.000 Menschen gemeldet. Die hohen Zahlen zeigen die große Notwendigkeit für solche Stellen.

In der Stadt Graz gibt es aber auch viel **Gutes**. Im Bereich Diskriminierung ist hier viel geschehen. Die Antidiskriminierungsstelle hat gemeinsam mit dem ORF einige Fernseh-Spots gedreht. In diesen geht es um Diskriminierung in unterschiedlichen Situationen. Eine Zeitlang wurden diese Spots im Fernsehen gezeigt. Für Menschen anderer Herkunft bietet der Verein IKEMBA Vermittlung bei Streitigkeiten an. Bei IKEMBA arbeiten extra geschulte Menschen. Sogenannte Outreach-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie begleiten die Menschen, wenn es Konflikte gibt. Zum Beispiel bei der Wohnungssuche. Oder auf dem Arbeitsmarktservice und im Krankenhaus. Diese Outreach-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sprechen auch verschiedene Sprachen. Sie können daher auch gut dolmetschen. Denn oft entstehen Konflikte aus Missverständnissen.

Auch für Mädchen und Frauen gibt es in Graz einige Beratungsstellen. Zum Beispiel die Ombudsstelle für Frauen und Mädchen.

Hier gibt es Beratungen zu Gewalt oder Armut. Wohnungsnot oder Kinderbetreuung. Auch die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist so eine Stelle. Bei Diskriminierungen am Arbeitsmarkt können sich Frauen dorthin wenden. Beide Stellen werden von Frauen und Mädchen immer häufiger aufgesucht.

Die Stadt Graz will die Situation von bettelnden Menschen verbessern. Dazu hat sie sich viele Gedanken gemacht und ein Programm ausgearbeitet, das in den nächsten Jahren umgesetzt werden soll.

→ Sicherheit und Gewalt

In Graz fühlen sich die Menschen auf der Straße immer weniger sicher. Das hängt sehr stark mit der Grazer Amokfahrt zusammen. Am 20. Juni 2015 überfuhr ein Mann in der Grazer Innenstadt gezielt Menschen. Auch wegen der Terroranschläge in Europa fühlen sich die Menschen auf der Straße weniger sicher. Die Stadt Graz hat daher Polizei und Ordnungswache auf der Straße aufgestockt.

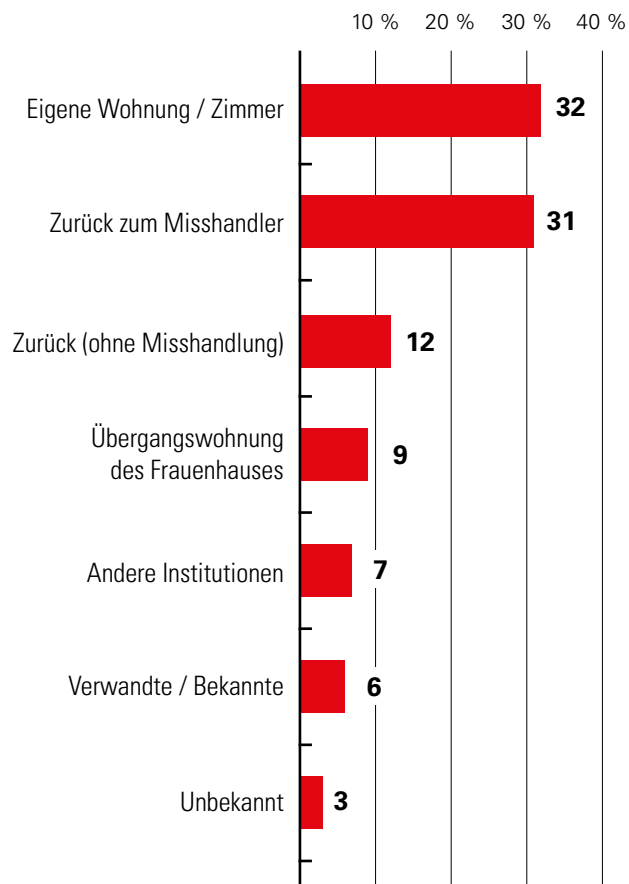
Einige Menschen fühlen sich durch Flüchtlinge bedroht. Manchmal führt das auch zu Gewalt. Menschen, die Flüchtlingen helfen, werden bedroht und beschimpft. Immer wieder auch körperlich angegriffen. Die Stadt Graz versucht hier zu vermitteln.

Streitigkeiten gibt es auch in Wohnhäusern. Häufig geht es dabei um das Thema Lärm. Besonders in Gemeindewohnhäusern. Hier leben sehr viele unterschiedliche Menschen zusammen. Oft ziehen Leute aus und neue Leute ein. Dadurch ändert sich das Zusammenleben der Menschen ständig. Das bringt auch Konflikte mit sich. Besonders in den Bezirken Lend, Gries und Jakomini ist das ein Problem. Die Stadt Graz hat darum das Nachbarschaftsservice eingerichtet. Hierdurch kann bei Streitigkeiten zwischen Nachbarn vermittelt werden. Das Nachbarschaftsservice hat einige größere Projekte. Bei diesen werden ganze Wohnhäuser oder Siedlungen betreut. Hier werden alle neuen Mieter und Mieterinnen begrüßt und besucht und der Kontakt zwischen den Nachbarn hergestellt.

Die Situation in den Grazer Gefängnissen ist schlecht. Ebenso in den Zentren für Flüchtlinge. Das liegt vor allem am Personalmangel. Häufig führt dies auch zu Gewalt. Entweder Gewalt durch das Personal. Oder auch Gewalt untereinander.

Nach wie vor erleben Frauen in Graz sehr viel Gewalt. Täter sind vor allem die Partner der Frauen. Viele Frauen können sich nicht gegen diese Gewalt wehren. Sie schämen sich. Oft haben sie auch kein eigenes Geld. Ohne Geld können sie nicht alleine leben. Vor allem dann nicht, wenn sie Kinder haben. Darum sind zum Thema Gewalt an Frauen keine vollständigen Zahlen verfügbar.

Es gibt einige Einrichtungen für Frauen, die Gewalt erleben, zum Beispiel das Frauenhaus Graz. Hier erhalten die Frauen Unterstützung und Beratung. Sie können auch alleine oder mit ihren Kindern hier wohnen. Viele Frauen kommen mehr als ein Mal ins Frauenhaus. Etwa jede dritte Frau geht zu ihrem Misshandler zurück. Das liegt zum größten Teil an der finanziellen Abhängigkeit der Frauen. Acht von zehn Frauen im Frauenhaus haben kein eigenes Einkommen. Sie leben von ihrem Partner oder dem Geld für ihre Kinder.



Grafik 3: Situation nach dem Frauenhaus, 2014

Quelle: Frauenhäuser Steiermark, <http://www.frauenhaeuser.at/ueber-uns/zahlen-fakten.html>

Auch das Gewaltschutzzentrum ist eine Einrichtung für Frauen. Etwa 2.000 Frauen und Mädchen wenden sich jedes Jahr hierher. Sie erhalten Beratung und Unterstützung. In der Stadt Graz gibt es vor allem für Mädchen noch einige andere Beratungsstellen. Sie alle versuchen, Gewalt an Mädchen zu verhindern.

Es gibt auch gezielte Streetwork für Mädchen. Mädchen sollen ihr eigenes Leben führen können, damit sie nicht von Burschen und später von Männern abhängig werden. Zum Thema Gewalt an Frauen wird in Schulen auch mit Burschen gearbeitet.

→ Asyl

Viele Menschen fliehen aus ihren Ländern. Denn dort herrschen Krieg oder große Not. Auf verschiedenen Wegen kommen die Menschen nach Europa. Hier wollen sie ein neues Leben aufbauen. Doch zuerst müssen sie um Asyl ansuchen. Ohne Asylstatus können die Menschen nicht in Österreich bleiben. Menschen aus Syrien stellten in den Jahren 2014 und 2015 die meisten Asylanträge in Österreich. Ebenso suchten viele Menschen aus Afghanistan um Asyl in Österreich an. Einige weitere aus der Russischen Föderation und aus dem Irak. Im Moment erhalten vor allem Menschen aus Syrien Asyl in Österreich. Für sie geht das Asylverfahren recht schnell. Für alle anderen dauert es sehr lange. Manchmal mehrere Jahre. Ohne Asylberechtigung dürfen die Menschen in Österreich nicht arbeiten und auch keine Ausbildung machen. Sie leben in engen Unterkünften und haben kaum Geld. Jugendliche, die älter als 15 Jahre sind, können nur selten in die Schule gehen.

Nur wer Asyl in Österreich bekommen hat darf arbeiten. Sie können sich eine eigene Wohnung suchen. Oft aber finden diese Menschen nicht so schnell eine Wohnung. Und auch keine Arbeit. Manchmal können sie auch noch nicht genug Deutsch für eine Arbeit. Ihre Kinder gehen auch noch nicht in den Kindergarten oder in die Schule. Vor allem für Frauen ist es daher sehr schwer Arbeit zu finden. Dann sind die Menschen auf die Mindestsicherung in Österreich angewiesen. Die bekommen sie aber erst vier Monate nach dem Asylbescheid.

Anerkannte Flüchtlinge aus Österreich dürfen ihre Familien nachholen. Dieses Verfahren dauert aber oft sehr lange. Kinder kommen so erst nach vielen Monaten wieder zu ihren Eltern. Oft haben sie sich dadurch entfremdet. Die Mindestsicherung für eine ganze Familie ist sehr gering in Österreich. Jedes nachgezogene Familienmitglied muss auch 4 Monate auf die eigene Mindestsicherung warten.

→ Religionsfreiheit

Es gibt in vielen Religionen problematische Themen. Es werden vielleicht demokratische Werte abgelehnt. Texte werden zu heiligen Büchern erhoben. Einzelne Personen schwingen sich zu Führern auf. Diesen darf man nicht widersprechen. Man muss ihnen blind gehorchen. Immer mehr Jugendliche fühlen sich von solchen Gruppen angesprochen. Manche verbringen dort sehr viel Zeit. Einige werden finanziell ausgebeutet. Einige trennen sich auch von ihren Familien. Nach außen sind solche Gruppen oft sehr gewalttätig.

Vor allem der so genannte IS ist ein wichtiges Thema für Jugendliche. Auch in Graz werden Jugendliche vom IS angesprochen. Es wird ihnen gesagt, dass sie wichtig für den IS sind. Dass sie für eine bessere Welt kämpfen und so ins Paradies kommen.

Die Arbeit mit Jugendlichen zu diesem Thema ist schwierig. Weil das Wissen darüber zu gering ist. Oft werden Jugendliche dann nicht ernst genommen. Oder sie werden unter Druck gesetzt. Beides ist falsch. Allerdings gibt es noch keine guten Projekte. Auf der anderen Seite werden Muslime und Musliminnen immer mehr diskriminiert. Viele Leute denken, dass alle radikal sind.

Auch andere problematische Gruppen nehmen zu. Vor allem sind dies rechtsextreme Bewegungen. Diese wenden sich vor allem Jugendlichen zu. Sie versuchen Jugendliche gezielt anzuwerben. Jugendliche protestieren in dieser Form oft gegen ihre Eltern. Nach einiger Zeit wenden sie sich der Gruppe von selbst wieder ab. Manche Jugendliche haben aber auch wirklich mit diesen Gruppen zu tun. Zum Beispiel über das Internet. Oder sie nehmen an Veranstaltungen der Gruppen teil. Ein Beispiel ist die Identitäre Bewegung. Das ist eine rechtsextreme Gruppe. Sie hat ihren Mittelpunkt in Graz. Die Mitglieder sind vor allem Studenten. Die Identitäre Bewegung tritt oft bei Veranstaltungen auf. Sie stört Vorlesungen oder Konzerte. Manchmal kommt es dabei zu körperlichen Auseinandersetzungen.

In Österreich gibt es die Beratungsstelle Extremismus. Dorthin können sich Betroffene und Angehörige wenden.

→ Mitbestimmung

In Graz wollen die Menschen mitbestimmen. Das gilt für Erwachsene und Kinder. Ebenso wie für Frauen und Männer. Die Politik nimmt dieses Anliegen ernst. Sie hat sich dazu viele Gedanken gemacht. Nun gibt es die „Leitlinien für die BürgerInnenbeteiligung bei Vorhaben der Stadt Graz“. Projekte und Pläne der Stadt Graz müssen nun frühzeitig bekannt gegeben werden. Damit alle Menschen hierüber Bescheid wissen. Und damit sie ihre Meinung dazu abgeben können.

Auch Kinder und Jugendliche können in Graz mitbestimmen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Zum Beispiel das Kinderparlament. Hier werden ein Kinderbürgermeister und eine Kinderbürgermeisterin gewählt. Oder auch über die Kinder- und Jugendanwaltschaft. Hier werden Kinder beraten und begleitet. Zum Beispiel, wenn ihre Eltern sich trennen. Im Rathaus konnten Schulklassen Politiker und Politikerinnen kennenlernen. Und ihnen auch ihre Ideen mitteilen.



Wirtschaftliche und Soziale Rechte

→ Armut

In der Steiermark sind etwa 150.000 Menschen armutsgefährdet. Das bedeutet, dass sie mit weniger als 1.123 Euro im Monat leben müssen. Weitere 65.000 Menschen in der Steiermark sind wirklich arm. Sie können zum Beispiel ihre Wohnung nicht ausreichend heizen. Oder nicht zum Arzt gehen.

Armutsgefährdet oder arm sind vor allem Menschen ohne Arbeit. Das sind häufig Menschen aus anderen Ländern, die keine Arbeit finden. Oft sind dies alleinerziehende Mütter mit kleinen Kindern oder ältere Menschen, die nicht mehr arbeiten. Auch Menschen mit Behinderungen, die nicht arbeiten können, sind armutsgefährdet.

Aber auch Menschen, die arbeiten, können armutsgefährdet sein. Man nennt sie „working poor“. Das bedeutet: Arm trotz Arbeit. Diese Armut ist vor allem weiblich. Frauen sind hiervon eher betroffen als Männer. Frauen verdienen weniger. Sie arbeiten eher in Bereichen wie zum Beispiel dem Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie oder dem Verkauf. Oder auch im Friseur- und Kosmetikgewerbe wird schlecht bezahlt. Sie arbeiten im Kinderbetreuungsbereich. Überall dort sind die Löhne nicht ausreichend für ein gutes Leben. Frauen arbeiten zudem oft nur Teilzeit, weil sie Kinder betreuen oder sich um ältere Familienmitglieder kümmern. Frauen leben auch öfter als Männer alleine mit Kindern. Dann sind sie Alleinverdienerinnen.

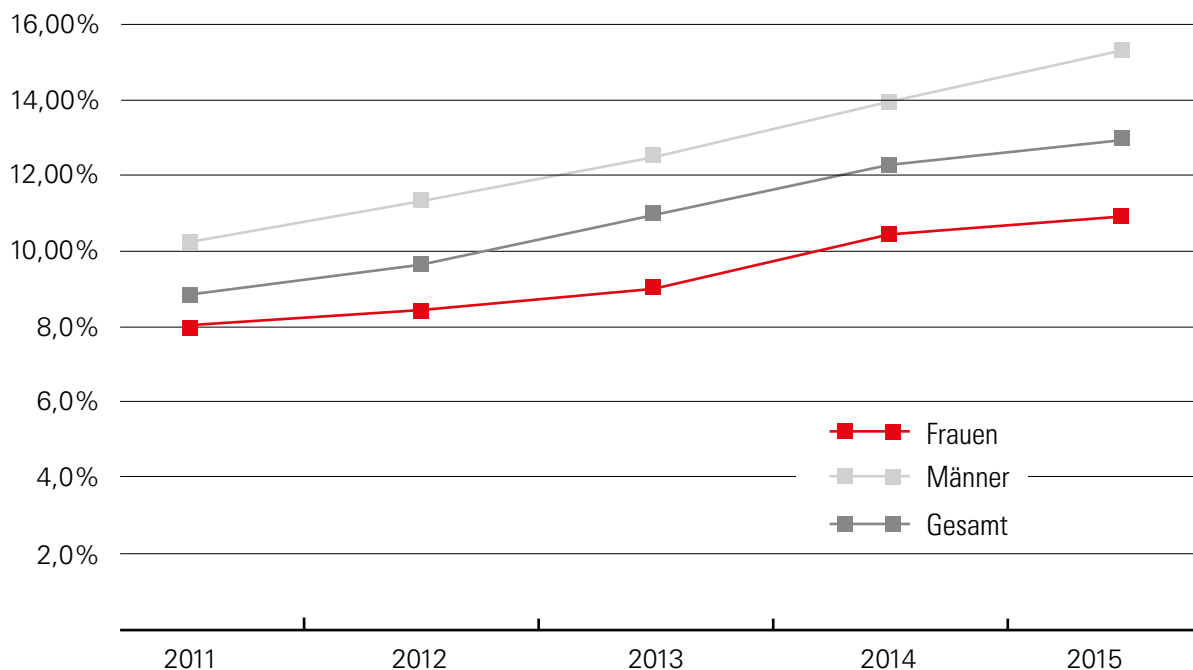
Von ihrem niedrigen Einkommen muss die ganze Familie leben. Nicht alle Frauen bekommen Unterhalt von ihren getrennten Partnern. Verlieren diese Frauen ihre Arbeit, sind sie besonders armutsgefährdet.

Viele Menschen in Graz sind auf Pensionen und Sozialleistungen angewiesen. Das ist zum Beispiel die Mindestsicherung. Oder auch Leistungen für Kinder wie die Familienbeihilfe. Ohne Pensionen und Sozialleistungen wäre die Hälfte aller Menschen in Graz armutsgefährdet. Daher brauchen die Menschen in Graz diese Sozialleistungen dringend.

Allerdings wird befürchtet, dass die Armut in Graz weiter ansteigen wird. Sozialleistungen werden immer mehr gestrichen. Familien mit behinderten Kindern zahlen viel Geld für notwendige Therapien. Viele Jugendliche finden keine Arbeit oder Lehre. Sie können aber auch nicht weiter betreut werden. Diese Jugendlichen rutschen dann direkt in die Armut hinein. Wohnungen werden immer teurer. Die Menschen müssen hierfür sehr viel Geld zahlen. Auch das ist ein Grund für steigende Armut.

→ Arbeit

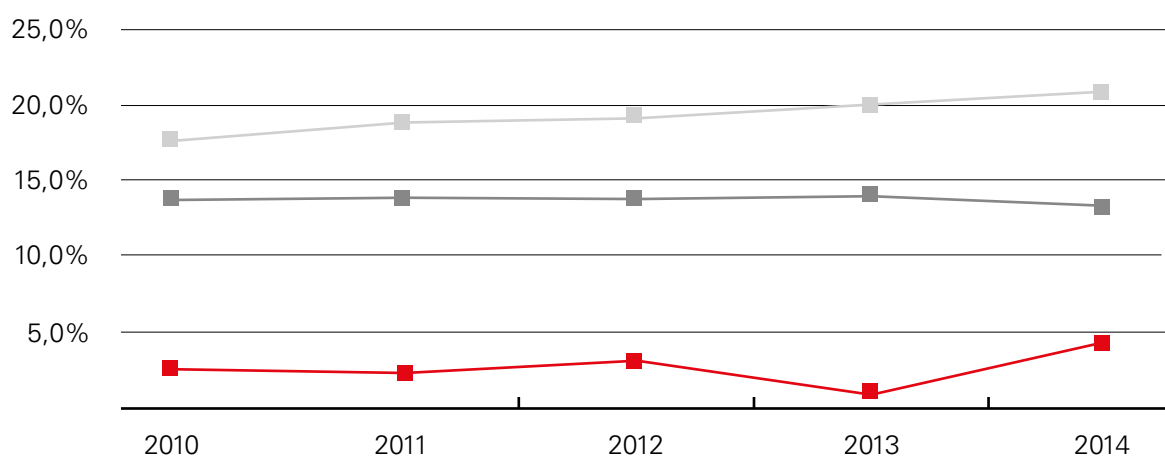
Zurzeit haben in Graz etwa 130.000 Menschen keine Arbeit. Vor allem sind dies Menschen über 50 Jahre. Sie verlieren oft ihre Arbeit. Dann finden sie nur schwer eine neue. Auch Menschen ohne Schulabschluss sind häufig arbeitslos. Ebenso junge Menschen, Menschen mit Behinderungen. Auch Menschen anderer Herkunft finden nur schwer Arbeit. Beim AMS wird ihnen gesagt, sie müssen zuerst Deutsch lernen. Deutschkurse sind aber oft sehr teuer. Die Plätze sind zudem alle belegt.



Grafik 4: Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Stadt Graz, 2011-2015, nach Geschlecht
Quelle: Land Steiermark, Wirtschaftspolitisches Berichts- und Informationssystem WIBIS,
Arbeitslosenquote in % nach Geschlecht.

Die Arbeitslosigkeit in Graz steigt weiter an. Mehr Menschen ziehen nach Graz. Alle wollen Arbeit. Es gibt nicht genug Arbeitsplätze für alle.

Die Stadt Graz nimmt das Thema Arbeitslosigkeit sehr ernst. Es gibt zahlreiche Projekte hierzu. Die Stadt selbst beschäftigt auch Menschen anderer Herkunft oder Menschen mit Behinderungen. Die Arbeitszeiten bei der Stadt Graz sind flexibel. Dadurch wird eine Betreuung von kleinen Kindern besser möglich.



Grafik 5: Anteil der Jugendlichen, Älteren und Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen, 2010-2014

Quelle: Land Steiermark, Wirtschaftspolitisches Berichts- und Informationssystem WIBIS, Bezirksprofil Graz Stadt, 27.5.2015

- Anteil der Jugendlichen
- Anteil der ältesten Arbeitslosen
- Anteil der Langzeitarbeitslosen

→ Wohnen

Wohnen ist sehr teuer in Graz. Für Menschen, die sich das nicht leisten können, gibt es in Graz Gemeindewohnungen. Die Stadt Graz baut immer mehr solche Wohnungen. Doch die Wartelisten sind sehr lang. Bis man eine Wohnung bekommt, kann das zwei Jahre dauern. Viele Menschen schaffen diese Zeit nicht. Sie sind auf Notunterkünfte angewiesen. Doch auch die Notschlafstellen sind immer wieder überbelegt.

→ Gesundheit

Nicht alle Menschen in Graz sind krankenversichert. Die Marienambulanz steht diesen Personen zur Verfügung. Dort können sie sich behandeln lassen. Die Marienambulanz hat auch einen Bus. Mit dem sucht sie die Menschen auf der Straße auf. Die Marienambulanz arbeitet kostenfrei für die Betroffenen.

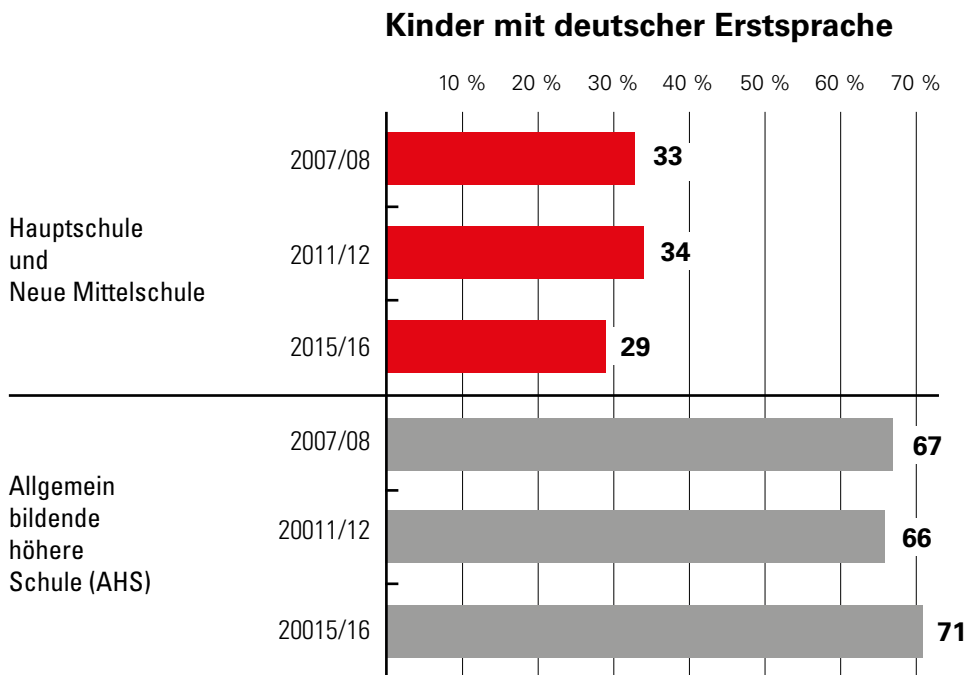
Menschen aus anderen Ländern werden bei Ärztinnen und Ärzten oder im Krankenhaus oft schlecht behandelt. Vor allem, wenn sie nicht gut Deutsch sprechen. Fast nirgends gibt es Übersetzer oder Übersetzerinnen. Viele Menschen haben daher viele Diskriminierungen erfahren. Oft trauen sie sich dann nicht mehr zum Arzt oder der Ärztin oder ins Krankenhaus. Der Verein IKEMBA leistet hier gute Arbeit.

Die Stadt Graz hat ein schlechtes Luftklima. Das ist ein Problem für die Gesundheit der Menschen in Graz. Zu oft wird in Graz die Feinstaubgrenze überschritten. Schuld daran ist vor allem der Autoverkehr in Graz. Aber auch das Heizen, die Industrie und das Gewerbe.

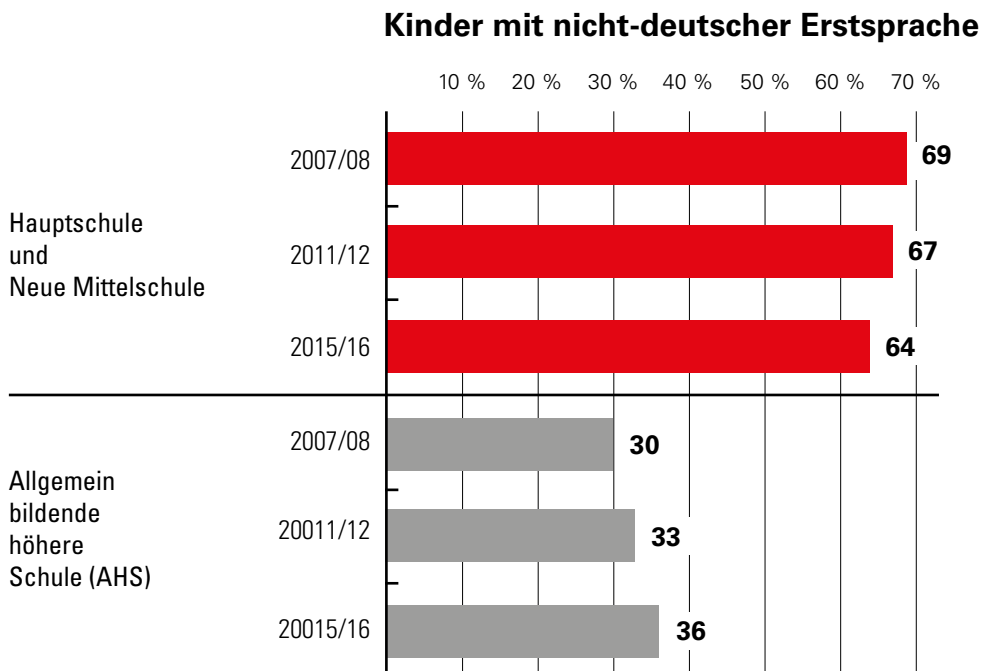
→ Bildung

In Graz sind Kinder an Schulen nicht gleich verteilt. Kinder mit Deutsch als Muttersprache besuchen eher ein Gymnasium. Es sind 3 von 4 Kindern. Kinder, die eine andere Muttersprache haben, besuchen dagegen eher eine Neue Mittelschule. Auch auf Privatschulen zeigt sich dieser Unterschied. Schulen mit vielen ausländischen Kindern brauchen mehr Unterstützung. Manchmal dürfen diese Kinder in der Pause ihre Muttersprache nicht sprechen.

760 Kinder in Graz haben einen Sonderpädagogischen Förderbedarf (SPF). Sie haben daher besondere Bedürfnisse in der Schule. In den meisten Fällen werden sie gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet. Kinder mit SPF haben es oft schwer in der Schule. Sie finden nicht leicht Freunde und Freundinnen. Sie fühlen sich daher oft einsam.



Grafik 6: Zugang von Kindern mit deutscher Erstsprache zu Schultypen
 Quelle: Eigene Erstellung basierend auf von der Abteilung für Bildung und Integration der Stadt Graz zur Verfügung gestellten Daten.



Grafik 7: Zugang von Kindern mit nicht-deutscher Erstsprache zu Schultypen
 Quelle: Eigene Erstellung basierend auf von der Abteilung für Bildung und Integration der Stadt Graz zur Verfügung gestellten Daten.



Empfehlungen des
Menschenrechtsbeirates
der Stadt Graz

Der Menschenrechtsbeirat macht der Stadt Graz Empfehlungen. Diese Empfehlungen sind Vorschläge wie die Stadt die Menschenrechte der in Graz wohnenden Menschen verbessern kann. In diesem Bericht macht der Menschenrechtsbeirat zu 5 Themenbereichen Empfehlungen.

1. Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung 2016-18

Graz ist Mitglied der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz empfiehlt, für die Jahre 2016-18 ein neues Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus und Diskriminierung zu entwickeln.

2. Integration von Flüchtlingen

Die Stadt Graz soll sich für Ausbildungsmöglichkeiten für jugendliche Asylwerber und Asylwerberinnen einsetzen. Asylwerber und Asylwerberinnen sollen arbeiten können. Für ihre Arbeit sollen sie auch bezahlt werden.

Asylwerber und Asylwerberinnen brauchen Sprachkurse und Basisbildung. Diese müssen für alle zugänglich sein.

Die Stadt Graz muss die Bevölkerung verstärkt über die Situation von Flüchtlingen informieren. Stadtteilversammlungen sind dazu gut geeignet.

3. Geschlechtergerechtigkeit und Verhinderung von Gewalt gegen Frauen

Die Stadt soll die Situation von Frauen verbessern. Über Gewalt gegen Frauen muss man offen sprechen. Menschen müssen lernen, dass Gewalt Unrecht ist.

Mädchen und Frauen brauchen mehr Förderung. Dann können sie ihre Interessen selbst vertreten.

Zum Thema Gewalt gegen Frauen braucht es mehr Information an Schulen. Das Angebot an Burschenarbeit in Schulen soll verstärkt werden.

In Kindergarten und Volksschule muss man über Menschenrechte sprechen. Kinder und Jugendliche müssen lernen, dass Mann und Frau gleich sind. Sie müssen lernen, dass Gewalt an Frauen Unrecht ist.

Es braucht eine Studie darüber wie Frauen den öffentlichen Raum in Graz nutzen.

Die Stadt soll Kampagnen gegen sexuelle Gewalt durchführen.

4. Jugendarbeit

Der Menschenrechtsbeirat empfiehlt dem Gemeinderat und der Stadtregierung den Ausbau der Jugendarbeit. Die offene Jugendarbeit braucht mehr Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter. In den Grazer Jugendzentren und in der aufsuchenden Arbeit von Jugendstreetwork müssen mehr Menschen arbeiten. Damit können Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter vertrauensvolle Beziehungen zu jungen Menschen aufbauen und sie besser begleiten.

Interkulturelle Angebote müssen ausgebaut werden.
Vorallem für Jugendliche mit Migrationsgeschichte.

Junge Menschen brauchen Ausbildungsmöglichkeiten. Die Stadt soll Angebote für Jugendliche mit unzureichender Ausbildung erhöhen.

Es braucht Plätze für Jugendliche, an denen man nichts kaufen muss.

5. Verhinderung und Bekämpfung von Extremismus

Der Menschenrechtsbeirat empfiehlt dem Gemeinderat und der Stadtregierung die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens und Zusammenhalts in der Stadt. Die Stadt Graz soll den interreligiösen Dialog auf Basis der Menschenrechte führen. Die Religionsgemeinschaften sollen daran teilnehmen.

Die Stadt soll ein Netzwerk schaffen, wo Fachleute aus der Jugendarbeit miteinander reden. Die Polizei und die Beratungsstelle Extremismus des Bundesministeriums für Familie und Jugend sollen daran teilnehmen. Diese Fachleute sollen eine Strategie entwickeln wie man Extremismus verhindert. Sie sollen auch Beratung anbieten.

Alle Menschen, die mit Jugendlichen arbeiten, brauchen Fortbildung zu Islam, Rechtsextremismus und antidemokratischen Strömungen.

Menschen müssen lernen, welche Rechte sie und andere haben. Dafür soll die Stadt Graz auch Geld bereit stellen.



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Information/Kontakt:
Geschäftsstelle des Menschenrechtsbeirates:
ETC Graz, Elisabethstraße 50B, A-8010 Graz
menschenrechtsbeirat@etc-graz.at